

KfW – Research.



Wirtschafts – Observer.

Nr. 13, Juli 2004.

# BESCHÄFTIGUNGSBEITRAG KLEINER UND MITTLERER UNTERNEHMEN.

In der öffentlichen Diskussion zu Wachstum und Beschäftigung richten sich viele Hoffnungen auf kleine und mittlere Unternehmen (KMU). Ziel des vorliegenden Artikels ist die Bestimmung des Beschäftigungsbeitrags der KMU in Deutschland<sup>1</sup>. Dazu wenden wir die in Deutschland übliche Definition an, nach der KMU weniger als 500 Beschäftigte haben.

## DATENDEFIZIT.

Die verfügbaren Makrodaten sind zur Bestimmung des Beschäftigungsbeitrages von KMU nur begrenzt geeignet. Umfassende und differenzierte Daten zur Beschäftigung liegen nur auf Betriebsebene und nur für sozialversicherungspflichtig Beschäftigte vor. Gerade große Unternehmen können aus mehreren Betrieben bestehen, so dass eine Analyse auf Betriebsebene die Beschäftigungsanteile großer Unternehmen unterschätzt. Auf der anderen Seite werden weder selbstständige Erwerbstätige noch geringfügig Beschäftigte in den Betriebsdaten des IAB erfasst. Da diese Formen der Erwerbstätigkeit vor allem in KMU zu finden sind, werden deren Anteile ebenfalls unterschätzt. Schließlich erfassen die amtlichen Statistiken nicht, in wie weit ein Unternehmen in einen Unternehmensverbund (z. B. Konzern) eingebunden ist. Damit ist nicht sicher, ob die beobachteten Einheiten tatsächlich den KMU oder den Großunternehmen zuzurechnen sind. In Folge dieser Daten-Defizite sind alle Aussagen zur Beschäftigung in KMU mit Unsicherheiten behaftet.

<sup>1</sup>Vorliegender Beitrag basiert auf Kapitel 3 des MittelstandsMonitors 2004

Um sich trotz der beschriebenen Defizite dem Beschäftigungsbeitrag von KMU bestmöglich zu nähern, wurden im vorliegenden Beitrag originäre Auswertungen aus verschiedenen Sekundärdatenquellen (Umsatzsteuerstatistik, Mikrozensus, IAB Betriebsdatei) und Auswertungen aus den Datenquellen der beteiligten Partner (KfW-Mittelstandspanel, ZEW-Gründerstudie) vorgenommen.

### KMU HABEN HÖCHSTEN BESCHÄFTIGTENANTEIL.

Die Analysen legen nahe, dass der tatsächliche Beschäftigungsanteil der KMU im Bereich zwischen 60 % bis 74 % einzuordnen ist. In den zurückliegenden 15 bis 20 Jahren zeigen die Betriebsdaten einen deutlichen Trend der Zunahme von Beschäftigung in kleinen und mittleren Betrieben (KMB) und damit zur Dezentralisierung der Beschäftigung. Der Anteil kleiner und mittlerer Betriebe an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten stieg zwischen 1991 und 2002 in Westdeutschland von 72 % auf 77 % und in Ostdeutschland von 56 % auf 86 %.

**Tabelle 1: Zusammenfassung der Ergebnisse**

	Status Quo (%)	Veränderung (Prozentpunkte)	
		92-02	97-02
Beschäftigtenanteil in KMB-West 2002	76,7	4,8	0,8
Beschäftigtenanteil in KMB-Ost 2002	85,9	14,7	- 0,2
Anteil KMB an neuen Arbeitsplätzen – West 2002	93,0	1,4	-0,1
Anteil KMB an neuen Arbeitsplätzen – Ost 2002	97,0	2,2	0,0
		<b>92-00</b>	<b>97-00</b>
Anteil KMB an abgebauten Arbeitsplätzen – West 2000	86,8	2,7	2,9
Anteil KMB an abgebauten Arbeitsplätzen – Ost 2000	92,2	44,7	11,3
		<b>91-00</b>	<b>97-00</b>
Anteil Selbstständiger an der Zahl der Erwerbstätigen – West 2000	10,2	0,9	- 0,1
Anteil Selbstständiger an der Zahl der Erwerbstätigen – Ost 2000	9,0	3,9	1,7
Anteil Solo-Selbstständiger an der Zahl der Erwerbstätigen – West 2000	5,2	1,1	0,1
Anteil Solo-Selbstständiger an der Zahl der Erwerbstätigen – Ost 2000	4,5	2,1	0,4

### NETTOBESCHÄFTIGUNGSZUWACHS BEI KMB.

Neue Arbeitsplätze werden überwiegend von Gründungen und Kleinbetrieben (weniger als 50 Beschäftigte) geschaffen. Am aktuellen Rand (2002) entstanden bei westdeutschen Gründungen und Kleinbetrieben 73 % der neuen Arbeitsplätze. Weitere 20 % der neuen Arbeitsplätze finden sich in mittleren Betrieben. In Ostdeutschland stellen mittelständische Betriebe 97 % der neuen Arbeitsplätze. Gründungen und Kleinbetriebe schaffen hier allein 79 %.

Für den Arbeitsplatzabbau sind KMB dagegen zu einem etwas geringeren Teil verantwortlich. In Westdeutschland geht der Arbeitsplatzabbau zu 87 % auf das Konto der mittelständischen Betriebe. In Ostdeutschland sind es 92 % der abgebauten Arbeitsplätze. Netto stellen zwischen 1993 und 2000 einzig kleine Betriebe zusätzliche Arbeitsplätze bereit. Bei größeren und mittleren Betrieben übersteigen die Verluste aus Schließung und Schrumpfung deutlich die Arbeitsplatzgewinne wachsender Betriebe.

## SELBSTSTÄNDIGENQUOTE STEIGT.

Neben der zunehmenden Bedeutung der KMU für die Beschäftigung in Deutschland konnten wir als weiteren wichtigen Trend in den 90er Jahren eine deutliche Zunahme des Anteils selbstständiger Erwerbstätiger beobachten (siehe Grafik 1). Im Jahr 2002 erreichte deren Anteil an allen Erwerbstätigen mit einem Wert von 10 % einen neuen Höhepunkt. Insbesondere Solo-Selbstständige ohne weitere Beschäftigte treiben diesen Zuwachs voran. Ihre Quote wächst zwischen 1989 und 2000 von unter vier auf fünf Prozent aller Erwerbstätigen. Damit stellen die Solo-Selbstständigen in Deutschland heute die Hälfte aller Selbstständigen.

**Grafik 1: Anteile von Selbstständigen mit und ohne Beschäftigten an allen Erwerbstätigen in Deutschland**



Quelle: Mikrozensus (versch. Jahre), 70 % Stichprobe des RWI.

## BESCHÄFTIGUNGSBEITRAG VON KMU AUCH IN ZUKUNFT ESSENZIELL.

Unsere Analysen untermauern die aktuell hohe Bedeutung der kleinen und mittleren Unternehmen für den Arbeitsmarkt in Deutschland. Die wesentlichen Promotoren der „KMU-Renaissance“ in den vergangenen zehn Jahren waren der Strukturwandel zur dienstleistungsorientierten Wirtschaft und die Technologie getriebenen Veränderungen zu einer wissensbasierten Gesellschaft. Vieles spricht dafür, dass deren weitere Entwicklung in den nächsten Jahren die Bedeutung von KMU für Beschäftigung festigt.

Autoren:

Dr. Daniel Skambracks (KfW Bankengruppe)

Dr. Michaela Niefert (ZEW)

Dr. Dirk Engel (RWI)

# STUDIENFINANZIERUNG – EIN INTERNATIONALER VERGLEICH.

## 1. EINLEITUNG.

Das deutsche Hochschulwesen ist in jüngster Zeit wiederholt in die Kritik geraten. Die Studienzeiten sind im internationalen Vergleich mit sechs Jahren überdurchschnittlich lang (OECD-Durchschnitt: 4,8 Jahre) und die Abbrecherquoten mit rund 30 % recht hoch. Zudem nimmt in Deutschland ein nur vergleichsweise geringer Anteil eines Altersjahrgangs (32 %) ein Studium auf (OECD-Durchschnitt 47 %).

Insgesamt betrachtet, wird dem deutschen Hochschulsystem ein Problem sowohl in der Masse als auch in der Klasse der Absolventen attestiert. Eine Reihe von Industrieländern scheint dagegen bessere Erfolge bei der Universitätsausbildung zu erzielen. Es stellt sich daher die Frage, ob und was man von diesen Ländern lernen kann.

Im Folgenden soll mit der Studienfinanzierung ein spezieller Aspekt des Hochschulwesens beleuchtet werden. In Deutschland ist in diesem Zusammenhang vor allem das BAföG als wichtigster Baustein zu nennen. Allerdings erreicht es nur 27 % der Studierenden, obwohl der Bedarf an Finanzierung – auch ohne Studiengebühren – höher eingeschätzt wird. Im Folgenden soll gezeigt werden, welche Wege andere Länder bei der Studienfinanzierung beschritten haben.

## STUDIENFINANZIERUNG IN ENGLAND UND WALES.

Seit 1998 zahlen die Studierenden in England und Wales Studiengebühren, die allerdings nicht von der besuchten Hochschule oder vom belegten Fach abhängen. Zur Finanzierung der Gebühren – sie betragen zur Zeit 1.100 Pfund pro Jahr, Anfang des Jahres wurde jedoch im Unterhaus eine Erhöhung auf 3.000 Pfund beschlossen – und des Lebensunterhalts können die Studierenden Studienkredite von staatlicher Seite bekommen. Zusätzlich werden Studierenden aus einkommensschwachen Familien die Studiengebühren um bis zu 100 % erlassen. Entsprechend zahlen heute etwa 30 % der Studierenden keine Gebühren. 75 % des Kredits werden unabhängig vom eigenen Einkommen und dem der Eltern vergeben. 25 % des Kredits werden dagegen einkommensabhängig gewährt. Ein Studierender erhält maximal 4900 Pfund jährlich zur Deckung seines Lebensunterhalts – dies gilt für Studierende, die nicht mehr bei den Eltern leben und in London studieren. Der Zinssatz auf den Kredit betrug 1,3 % p.a. im Jahr 2003, so dass der Realzins de facto bei Null liegt. Die Rückzahlung erfolgt bei abhängig Beschäftigten über die jeweiligen Arbeitgeber, die Tilgung und Zinsen an die Student Loans Company Ltd., eine nachgeordnete Institution des englischen Bildungsministeriums, überweisen. Die Höhe des jährlich zurückzahlenden Betrags hängt von der Höhe des Einkommens ab. Zu zahlen sind 9 % des Bruttoeinkommens ab einem Mindestbetrag von 10.000 Pfund jährlich. Bei einem darunter liegenden

Einkommen wird der Kredit gestundet. Die vom Staat insgesamt ausgezahlte Kreditsumme beträgt mittlerweile 2,5 Mrd. Pfund.

Am englischen Studienkreditsystem wird verschiedentlich Kritik geübt: In erster Linie wird die ungezielte Zinssubvention bemängelt. Ein Zinssatz in Höhe von real 0 % ermöglicht den Studierenden Arbitragegeschäfte, d.h. sie nehmen die Studienkredite unabhängig vom Bedarf auf und erzielen Erträge aus der Anlage dieses Geldes. Darüber hinaus gilt die vom Staat ausgezahlte Kreditsumme, die zur Deckung des Lebensunterhalts gedacht ist, als viel zu niedrig, so dass die Studierenden neben dem Studium arbeiten müssen oder weiterhin auf finanzielle Unterstützung ihrer Eltern angewiesen sind. Ferner wird die Einkommensabhängigkeit der Studienkredite kritisiert: Sie mache Studierende abhängig von den Wünschen ihrer Eltern und sei administrativ äußerst kompliziert.

### SCHWEDEN, NORWEGEN UND DÄNEMARK.

Wie in allen skandinavischen Ländern gibt es in **Schweden** keine Studiengebühren. Dennoch spielen Studienkredite zur Finanzierung des Studiums eine wichtige Rolle, 80 % der Studierenden haben einen Kredit aufgenommen. Die Studierenden erhalten jährlich einen festgesetzten Betrag, der sich in einen Zuschuss und einen Kredit aufteilt. Der Zuschuss beträgt 28 % des Betrags, der Kredit entsprechend 72 %. Die maximale Förderdauer beträgt 240 Wochen. Die Rückzahlung beginnt nach Ende des

Studiums und ist auf 25 Jahre angelegt, wobei die zurückzuzahlenden Beträge jedes Jahr ansteigen. Der Kredit ist von der Auszahlung an zu verzinsen; im Jahre 2002 lag der Zins bei 3 %. **Norwegens** System ist ähnlich ausgestaltet. In **Dänemark** erhalten die Studierenden ebenfalls parallel Zuschüsse und Kredite. Die Kredite sind bereits während des Studiums vom Studierenden mit 4 % zu verzinsen. Nach Ende des Studiums steigt der Zinssatz auf den Refinanzierungszins der dänischen Zentralbank plus einen Prozentpunkt. Das dänische Studienkreditsystem weist insofern eine interessante Komponente auf, als dass die Studierenden ihre Kreditansprüche über ihr Studium hinweg „ansparen“ können („Vouchers“). Im letzten Studienjahr können dann die Kredite akkumuliert ausgezahlt werden. Ziel ist es, die Studienfinanzierung zu flexibilisieren und die Studierenden am Ende ihres Studiums von der Aufnahme von Nebenjobs abzuhalten, um eine verbesserte Konzentration auf die Examen zu erreichen. Die Rückzahlung des Kredits ist auf 15 Jahre angelegt.

#### AUSTRALIEN.

Seit 1989 gilt in Australien das „Higher Education Contribution Scheme“ (HECS), nach dem die Studierenden zur Zahlung von Studiengebühren verpflichtet sind. Die Höhe der Studiengebühren richtet sich nach der studierten Fachrichtung. Wenn die Studierenden die Gebühren komplett zu Beginn des Studienjahres bezahlen, erhalten sie einen Rabatt von 25 %.

Alternativ wird ein Kredit zur Finanzierung der Gebühren angeboten. Der Kredit wird nicht verzinst, sondern jährlich um die Inflationsrate angepasst. Die Rückzahlung erfolgt einkommensabhängig durch die Finanzbehörden gestaffelt in Höhe von 3-6 % des Bruttoeinkommens ab einem jährlichen Mindesteinkommen von (umgerechnet) 17.213 EUR. Zudem ist es jederzeit möglich, einen Betrag nach Wahl zurückzuzahlen. Bei vorzeitiger Rückzahlung wird dem Kreditnehmer ein Teil des Kredits (15 %) erlassen. Australien hat als erstes Land überhaupt einkommensabhängige Rückzahlungen eingeführt, so dass sein System als wegweisend gilt. Die durchschnittliche Rückzahlungsdauer beträgt 10 Jahre.

#### NEUSEELAND.

In Neuseeland können alle Studierenden unabhängig von ihrem Einkommen bzw. dem ihrer Eltern einen Kredit erhalten. Der Kredit ist zur Deckung der Studiengebühren (die von den Hochschulen festgelegt werden) und zur Finanzierung des Lebensunterhalts gedacht. Der Studienkredit wird mit einem Zinssatz verzinst, der einen Prozentpunkt über dem Refinanzierungszinssatz liegt. Für die Zeit während des Studiums werden keine Zinsen berechnet. Diese Regelung ist jedoch relativ neu, zuvor fielen auch für die Zeit während des Studiums Zinsen an. Seitdem Studierende während des Studiums keine Zinsen mehr für ihren Kredit zahlen müssen, hat die Nachfrage danach kräftig zugenommen. Das lässt vermuten, dass

Studierende den Kredit aufnehmen, um ihn anderweitig anzulegen und auf diese Weise Arbitragemöglichkeiten auszuschöpfen. Nach dem Studium wird 10 % der Differenz vom erzielten Einkommen und der Einkommensgrenze von (umgerechnet) 7.738 EUR einbehalten (15 % bei über 26.200 EUR). Der zurückzuzahlende Kredit wird bei unselbstständigen Arbeitnehmern direkt vom Arbeitgeber an die Steuerbehörde, die für die Rückzahlung der Kredite zuständig ist, abgeführt. Die erwartete Rückzahlungsdauer liegt bei zehn Jahren. Den Studierenden stehen daneben eine Reihe von staatlichen Zuschüssen zur Verfügung, 36 % der Studierenden können auf Stipendien zurückgreifen.

Das neuseeländische Studienfinanzierungssystem galt wegen seiner „Marktnähe“ zunächst als das Beste der Welt. Kritisiert wird heute jedoch, dass während des Studiums keine Zinsen mehr erhoben werden und es somit zu einer ungezielten Subvention kommt.

#### FAZIT.

Der kurze Blick über die Grenzen hinweg hat gezeigt, dass eine Reihe von Ländern interessante Studienfinanzierungsmodelle entwickelt haben. Welche Erkenntnisse kann Deutschland nun aus den internationalen Beispielen ziehen?

Insbesondere in Ländern mit Studiengebühren existiert ein breites Finanzierungsangebot für Studierende. Diese Angebote sollen ein Studium

auch für die Studierenden sicher stellen, die die Gebühren beim Eintritt ins Studium nicht ohne weiteres zahlen können. Aber auch in Ländern ohne Studiengebühren existiert ein breites Angebot an Studienkrediten unabhängig vom Einkommen der Eltern, das zur Finanzierung des Lebensunterhalts dient. Dies gilt insbesondere für die skandinavischen Länder.

In allen betrachteten Ländern gibt es eine zentrale staatliche Institution, die die Studienkredite vergibt, auch wenn die Studiengebühren je nach Hochschule oder Fachrichtung unterschiedlich sind. Grund dafür sind die erzielbaren Mengenvorteile („economies of scale“) bei der Vergabe, dem Servicing und ggf. dem Risikomanagement der Studienkredite. In nahezu allen Ländern wird das System der Studienkredite durch eine breite soziale Flankierung ergänzt. Dadurch soll sichergestellt werden, dass Kinder aus einkommensschwachen Familien nicht durch die Gebühren und Lebenshaltungskosten von einem Studium abgehalten werden.

Autorinnen:

Dr. Anke Brenken (KfW Bankengruppe)

Anja Schmidt-Boch (KfW Bankengruppe)



**Konzernkennzahlen der KfW Bankengruppe, in Mrd. EUR.** (Differenzen der Summen durch Rundung)

	2003	2003 1.1.–30.6.	2004 1.1.–30.6.
<b>I. KfW Mittelstandsbank</b>	13,8	4,8	4,8
Kreditfinanzierungen	9,0	4,0	4,0
darunter Unternehmerkredit <sup>1</sup>	4,7	2,3	3,0
Globaldarlehen gewerbl. Wirtschaft	2,0	1,1	0,6
Mezzanine Finanzierungen	1,0	0,5	0,4
Beteiligungsfinanzierungen	0,3	0,1	0,2
Verbriefungen PROMISE	3,5	0,2	0,2
<b>II. KfW Förderbank</b>	44,9	13,4	15,9
Wohnwirtschaftliche Investitionen	15,4	6,4	5,8
darunter Globaldarlehen Wohnungswirtschaft	3,7	1,7	1,1
Bildung	0,8	0,4	0,4
Kommunale Infrastruktur	4,7	1,8	2,5
Umweltinvestitionen	4,0	1,5	1,0
Globallinien an Landesförderinstitute	1,5	0,1	2,1
Verbriefungen PROVIDE	18,4	3,3	4,2
<b>Investitionsförderung Deutschland und Europa</b>	<b>58,7</b>	<b>18,3</b>	<b>20,7</b>
<b>III. KfW IPEX-Bank</b>	11,4	6,3	4,9
Industrie, Telekommunikation, Rohstoffe	3,7	1,7	2,1
Energie, Umwelt	1,9	1,2	0,4
Transport und Verkehrsinfrastruktur	5,8	3,1	2,1
AKA-Exportkredite	0,1	0,3	0,3
<b>IV. KfW Entwicklungsbank</b>	1,6	0,6	0,5
<b>V. DEG</b>	0,5	0,1	0,2
<b>Gesamtfördervolumen</b>	<b>72,2</b>	<b>25,3</b>	<b>26,3</b>
<b>Umwelt- und Klimaschutz<sup>2</sup></b>	<b>7,4</b>	<b>2,3</b>	<b>3,3</b>
<b>Mittelaufnahme</b>	<b>50,7</b>	<b>23,6</b>	<b>29,4</b>
<b>Konzernbilanzsumme</b>	<b>313,9</b>	<b>274,9<sup>3</sup></b>	<b>334,7</b>

<sup>1</sup> Zum 1. September 2003 wurden das KfW-Mittelstandsprogramm und das DtA-Existenzgründungsprogramm zum neuen Produkt Unternehmerkredit zusammengefasst, inkl. Varianten -Leasing, -Ausland, -Betriebsmittel sowie GuW-Darlehen.

<sup>2</sup> Als übergreifende Förderung der KfW Mittelstandsbank und der Förderbank im Gesamtfördervolumen enthalten.

<sup>3</sup> ohne DtA.